Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6441**

17. Wahlperiode 05. 07. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
– Drucksache 17/3479 –

Mobilität nachhaltig sichern – Elektromobilität fördern

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Kumpf, Wolfgang Tiefensee, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/3647 –

Nachhaltige Mobilität fördern – Elektromobilität vorantreiben

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Leidig, Dr. Petra Sitte, Dr. Gesine Lötzsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/2022 –

Klimaschutz im Verkehr braucht wesentlich mehr als Elektroautos

d) zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Dr. Valerie Wilms, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/1164 –

Mit grüner Elektromobilität ins postfossile Zeitalter

A. Problem

Zu Buchstabe a

Das Anliegen, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, den Ausstoß von CO_2 und Luftschadstoffen sowie den Verkehrslärm zu reduzieren, führt zu einer schrittweisen Umgestaltung und Pluralisierung des Antriebskonzeptes. Die Elektromobilität spielt innerhalb dieses Prozesses eine Schlüsselrolle. Fahrzeuge mit

elektrischen beziehungsweise elektrifizierten Antrieben bieten große Potentiale für eine nachhaltige Gestaltung des Individualverkehrs wie auch des öffentlichen Verkehrs. Zugleich bietet die Elektromobilität umfassende wirtschaftliche Chancen für den Industriestandort Deutschland und die Elektromobilität wird auch eine entscheidende Rolle bei der zukünftigen Nutzung der erneuerbaren Energien spielen. Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit kostengünstige und umweltfreundliche Mobilitätslösungen ihre Vorteile wirksam entfalten und sich am Markt durchsetzen können. Vor diesem Hintergrund muss die Politik die grundsätzlichen Weichenstellungen jetzt so vornehmen, dass die Potentiale der technischen Entwicklungen von der Privatwirtschaft in den kommenden Jahren ungehindert genutzt und vorangebracht werden können.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, mit dem Ziel, dass Deutschland nicht den Anschluss an die Elektromobilität verpasst und das Ziel von mindestens einer Million Elektroautos auf deutschen Straßen im Jahr 2020 erreicht werden kann, die in dem Antrag genannte Maßnahmen in den Bereichen Industriepolitik, finanzpolitische Rahmenbedingungen, Verkehrs- und Klimapolitik, Einführung von Elektromobilität als europäisches Projekt und Vorbildfunktion der öffentlichen Hand umzusetzen.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, bis Ende 2010 ein umfassendes Konzept für den Klimaschutz im Verkehr vorzulegen, das die Einhaltung des vom Umweltbundesamt formulierten Zieles einer Minderung der CO_2-Emissionen im Verkehr um 40 Millionen Tonnen bis 2020 gewährleistet, wobei ein wichtiges Ziel dabei die Verkehrsvermeidung und die Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger sein soll und die Bundesregierung sich an durch das Umweltbundesamt aufgezeigten Maßnahmenvorschlägen orientieren soll, zu denen in dem Antrag im Einzelnen aufgeführte Maßnahmen gehören.

Zu Buchstabe d

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, in diesem Antrag genannte fiskalische Fördermaßnahmen zu ergreifen, sich bestimmte in dem Antrag aufgeführte Ziele zu setzen, in dem Antrag erwähnte ordnungsrechtliche Maßnahmen auf den Weg zu bringen und die Forschungs- und Entwicklungsförderung in Bereichen zu verstärken, die in dem Antrag aufgeführt sind.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme einer Entschließung, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, die Förderung der Elektromobilität anhand von in dem Antrag genannten Maßgaben und Schwerpunkten auszurichten, im Rahmen des beschlossenen forschungspolitischen Fördervolumens in dem Antrag genannte Maßnahmen zu ergreifen, im Rahmen des beschlossenen Fördervolumens Fördermaßnahmen in der beruflichen und universitären Ausbildung umzusetzen, sich im Bereich der Standardisierung für in dem Antrag genannte Maßnahmen einzusetzen, im Rahmen der jeweils betroffenen Etats die Modellprojekte für Elektromobilität nach Maßgabe des Antrags zu unterstützen, in dem Antrag erwähnte ordnungspolitische Schritte zu unternehmen, die Anschaffung von Fahrzeugen mit einem lokalen Emissionswert von 50 g CO_2/km oder darunter nach Maßgabe des Antrags

zu fördern sowie bei der Rohstoffversorgung und beim Recycling in dem Antrag aufgeführte Punkte durchzusetzen.

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3479 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3647 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2022 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1164 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe d

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/3479 anzunehmen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/3647 abzulehnen,

c) den Antrag auf Drucksache 17/2022 abzulehnen,

d) den Antrag auf Drucksache 17/1164 abzulehnen.

Berlin, den 8. Juni 2011

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter	**Uwe Beckmeyer**	**Werner Simmling**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uwe Beckmeyer und Werner Simmling

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3479** in seiner 71. Sitzung am 11. November 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3647** in seiner 71. Sitzung am 11. November 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Den Antrag auf **Drucksache 17/2022** hat der Deutsche Bundestag in seiner 71. Sitzung am 11. November 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1164** in seiner 34. Sitzung am 25. März 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Annahme einer Entschließung, nach der der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Förderung der Elektromobilität anhand von in dem Antrag genannten Maßgaben und Schwerpunkten auszurichten, im Rahmen des beschlossenen forschungspolitischen Fördervolumens in dem Antrag genannte Maßnahmen zu ergreifen, im Rahmen des beschlossenen Fördervolumens Fördermaßnahmen in der beruflichen und universitären Ausbildung umzusetzen, sich im Bereich der Standardisierung für in dem Antrag genannte Maßnahmen einzusetzen, im Rahmen der jeweils betroffenen Etats die Modellprojekte für Elektromobilität nach Maßgabe des Antrags zu unterstützen, in dem Antrag erwähnte ordnungspolitische Schritte zu unternehmen, die Anschaffung von Fahrzeugen mit einem lokalen Emissionswert von 50 g CO_2/km oder darunter nach Maßgabe des Antrags zu fördern sowie bei der Rohstoffversorgung und beim Recycling in dem Antrag aufgeführte Punkte durchzusetzen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf Drucksache 17/3647 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, mit dem Ziel, dass Deutschland nicht den Anschluss an die Elektromobilität verpasst und das Ziel von mindestens einer Million Elektroautos auf deutschen Straßen im Jahr 2020 erreicht werden kann, in dem Antrag genannte Maßnahmen in den Bereichen Industriepolitik, finanzpolitische Rahmenbedingungen, Verkehrs- und Klimapolitik, Einführung von Elektromobilität als europäisches Projekt und Vorbildfunktion der öffentlichen Hand umzusetzen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf Drucksache 17/2022 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, bis Ende 2010 ein umfassendes Konzept für den Klimaschutz im Verkehr vorzulegen, das die Einhaltung des vom Umweltbundesamt formulierten Zieles einer Minderung der CO_2-Emissionen im Verkehr um 40 Millionen Tonnen bis 2020 gewährleistet, wobei ein wichtiges Ziel dabei die Verkehrsvermeidung und die Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger sein soll und die Bundesregierung sich an durch das Umweltbundesamt aufgezeigten Maßnahmenvorschlägen orientieren soll, zu denen in dem Antrag im Einzelnen aufgeführte Maßnahmen gehören.

Zu Buchstabe d

Der Antrag auf Drucksache 17/1164 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, in dem Antrag genannte fiskalische Fördermaßnahmen zu ergreifen, sich bestimmte in dem Antrag aufgeführte Ziele zu setzen, in dem Antrag erwähnte ordnungsrechtliche Maßnahmen auf den Weg zu bringen und

die Forschungs- und Entwicklungsförderung in Bereichen zu verstärken, die in dem Antrag aufgeführt sind.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3479 in seiner 53. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3647 in seiner 53. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den

Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/2022 in seiner 53. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe d

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/1164 in seiner 53. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat zu den Anträgen in seiner 25. Sitzung am 1. Dezember 2010 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen und die Anträge anberaten.

In seiner 41. Sitzung am 25. Mai 2011 hat er diese Anhörung durchgeführt. An der Anhörung nahmen als Sachverständige teil Rolf Bulander und Dr. Richard Aumayer von der Robert Bosch GmbH, Dr. Weert Canzler von der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik des WZB Berlin, Dr. Hubert Jäger von SGL Carbon SE, Dr. Heinz-Rudolf Meißner von der Forschungsgemeinschaft für Außenwirtschaft, Struktur- und Technologiepolitik (FAST) e. V. und

Jürgen Resch von der Deutschen Umwelthilfe e. V. Wegen des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 41. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verwiesen.

In seiner 42. Sitzung am 8. Juni 2011 hat der Ausschuss die Anträge abschließend beraten und in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit Prof. Dr. Henning Kagermann, Vorsitzender des Lenkungskreises der Nationalen Plattform Elektromobilität, geführt. In diesem Gespräch hat Prof. Dr. Henning Kagermann über die Arbeit des Lenkungskreises berichtet und hat zu Fragen aus dem Ausschuss Stellung genommen. Diskutiert wurde unter anderem darüber, wie man das Thema Elektromobilität breiten Kreisen der Bevölkerung nahe bringen kann, welche Auswirkungen der aktuellen Diskussion über die Energiepolitik auf das Thema Elektromobilität hat, wie das Verhältnis zwischen Elektromotor und Brennstoffzelle ist. Zudem wurde der in Deutschland erreichte technologische Stand im Vergleich zu anderen Ländern erörtert und das Thema eines intermodalen Ansatzes mit Einbeziehung anderer Verkehrsmittel wie Schienenfahrzeuge und Fahrrad in die Diskussion über die Elektromobilität wurde angesprochen. Weiterhin ging es um die Frage der ausreichenden Einbeziehung aller Interessengruppen im Rahmen der Arbeit der Nationalen Plattform Elektromobilität, um industriepolitische Fragen, um Aspekte der staatlichen Förderung der Elektromobilität, um die Frage von Marktanreizprogrammen sowie um die Auswirkungen von bereits laufenden Fördermaßnahmen in anderen Ländern.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfahl, den Antrag auf Drucksache 17/3479 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anzunehmen und den Antrag auf Drucksache 17/3647 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat er empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2022 abzulehnen. Er hat empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1164 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. abzulehnen.

Berlin, den 8. Juni 2011

Uwe Beckmeyer
Berichterstatter

Werner Simmling
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333